

38/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Gesundheitsreformgesetz verabschiedet:

Eine wichtige Reform für eine gute Zukunft

Mit dem am Freitag, dem 25. November 1988, verabschiedeten Gesundheitsreformgesetz hat die CDU-geführte Bundesregierung das zweite große Reformwerk dieser Legislaturperiode durchgesetzt. Steuerreform, Gesundheits- und die geplante Rentenreform dienen der Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und machen sie fit für den europäischen Binnenmarkt und das Jahr 2000, erklärt Generalsekretär Heiner Geißler.

Mit einem einzigartigen Aufwand haben Verbände und Interessengruppen eine maßlose Kampagne gegen dieses Gesetz geführt. Norbert Blüm und die CDU haben trotz aller Widerstände das Gemeinwohl gegen Gruppenegoismen und Besitzstandsdenken durchgesetzt.

Die Gesundheitsreform ist ein Paradebeispiel für das, was die CDU unter dem notwendigen Umbau des Sozialstaates versteht. Heute kann es nicht mehr um einen quantitativen Ausbau gehen, genauso wenig wie ein Abbau in Frage kommt. Heute geht es um einen qualitativen Umbau des Sozialstaates. Durch diese Reform wird auf der einen Seite die Kostenexplosion im Gesundheitswesen gestoppt und werden die Beiträge stabilisiert, auf der anderen Seite beginnen wir mit der Lösung eines zentralen Problems der neuen sozialen Frage, nämlich der Pflegebedürftigkeit.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

● Kabinett

Bundeskanzler Helmut Kohl benennt Professorin Ursula-Maria Lehr als neue Familienministerin. Seite 3

● Haushalt

Auszüge aus den Reden von Helmut Kohl, Heiner Geißler, Gerhard Stoltenberg und Alfred Dregger anlässlich der Haushaltsdebatte vom 22. bis 29. November 1988 im Deutschen Bundestag. Seiten 4–19

● Junge Union

Bericht vom Deutschlandtag in Baden-Baden. Seite 20

● Öffentlichkeitsarbeit

Flugblatt zur Gesundheitsreform. Seite 22

Das neue CDU extra. Seite 23

● Dokumentation

Alles über die Gesundheitsreform / „Von A bis Z“ und ein Beitrag von Norbert Blüm. Grüner Teil

Beifall für Blüm

Norbert Blüm gehört zu den erfrischendsten Gestalten der Politik. Sieht man ihn am Rednerpult des Bundestages in Aktion, wünscht man sich mehr von seiner Sorte. Er hat Mut, Mutterwitz, Charakter und ein Mundwerk wie ein Maschinengewehr. Am Freitag verteidigte er seine Gesundheitsreform gegen die Volksfront der Neinsager. Es war ein Vergnügen, ihm zuzuhören, als er den Sozialdemokraten ihre Halbwahrheiten um die Ohren haute.

Was der Arbeitsminister zur Rechtfertigung seiner Reform sagt, hört sich viel überzeugender an als die Einwände seiner Widersacher. Man kann ihm nachfühlen, daß er stolz darauf ist, „dem Sturm- und Lauf der Lobbyisten“ standgehalten zu haben. Selten zuvor ist ein Bundesminister wegen eines Reformvorhabens so schäbig attackiert worden wie der unerschütterliche Norbert Blüm. Die dubiose Allianz der in Rage geratenen Gegner hat viel Geld und viel Demagogie investiert, um den Arbeitsminister als gefühlloses Monstrum erscheinen zu lassen, das mit

der Gesundheit von Millionen Deutschen sein Spiel treibt.

Kohl hat gewußt, warum er einen Politiker vom Zuschnitt Blüms zum Arbeitsminister macht.

(Paul Pucher in der „Frankfurter Neue Presse“ vom 26. 11. 1988)

CDU: Elf Millionen Mark Kosten für „Hafenstraße“

Der Konflikt um die Häuser in der Hamburger Hafenstraße hat die Hansestadt nach Angaben der CDU-Bürgerschaftsfraktion seit 1982 mehr als elf Millionen Mark gekostet. Allein für Polizeikräfte anderer Bundesländer hätten rund 4,3 Millionen Mark aufgewendet werden müssen, sagte der sicherheitspolitische Experte der CDU-Fraktion, Karl-Heinz Ehlers. In den elf Millionen Mark seien die noch vorgesehenen vier Millionen Mark zur Sanierung der umstrittenen Häuser nicht enthalten. Dem Senat warf Ehlers vor, seiner Aufgabe nicht gerecht geworden zu sein. So habe zum Beispiel die Innenbehörde auf den Anstieg von Straftaten im Bereich der Hafenstraße nicht erkennbar reagiert.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Die CDU wird in den nächsten Wochen über die Inhalte dieses Gesetzes fair und sachlich aufklären. Wir werden das Bewußtsein schärfen, daß Gruppeninteressen nicht über das Gemeinwohl siegen dürfen. Eine Gesellschaft, die zukunfts- und erneuerungsfähig sein will, muß die Kraft und die Fähigkeit aufbringen, Besitzstände auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen.

Das Gesundheitsstrukturreformgesetz ist ein Erhaltungs- und Gestaltungsgesetz. Es sichert die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens und ist ein Einstieg

in die wichtigen Zukunftsaufgaben: Verstärkung der Vorsorge und Einstieg in die Lösung des Problems der Pflege.

Die CDU wird die Heuchelei der SPD aufdecken. Die SPD hat, obwohl sie wußte, daß das Gesundheitssystem ohne Reform zusammenbricht, fast nichts getan. Auch heute trägt sie nichts Konstruktives zur Lösung des Problems bei. Ihre Agitation hat nur einen Zweck: Sie will durch eine Angstkampagne darüber hinwegtäuschen, daß ihr Versagen und ihre Untätigkeit die Ursache dafür sind, daß heute allen am Gesundheitswesen Beteiligten Opfer abverlangt werden müssen.

Frau Professor Lehr neue Ministerin:

Eine gute und mutige Entscheidung

Bundeskanzler Helmut Kohl hat seine Entscheidung, die Heidelberger Wissenschaftlerin Ursula-Maria Lehr zur neuen Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vorzuschlagen, als „wichtigen Entschluß“ im Hinblick auf die zukünftigen Aufgaben der Gesellschaft bezeichnet. Angesichts der bevorstehenden Anforderungen in den Bereichen Jugend, Frauen, Familie und Gesundheit sei es bedeutsam, daß das Amt von einer „qualifizierten und dynamischen Persönlichkeit“ geführt werde, sagte Helmut Kohl.

Er habe als Bundeskanzler entschieden. Dabei sei ihm von Anfang an klar gewesen, daß eine Frau Nachfolgerin von Rita Süßmuth werden müsse. Frau Lehr sagte, sie wolle die Arbeit von Rita Süßmuth weiterführen und mit weiteren Schwerpunkten, wie den Problemen einer älter werdenden Gesellschaft, ergänzen. Dabei sei sie sicher, daß sie auch von der Fraktion unterstützt werde.

Generalsekretär **Heiner Geißler** erklärte: Mit der Berufung von Ursula-Maria Lehr hat der Bundeskanzler eine sehr gute und mutige Entscheidung getroffen. Mit Ursula Lehr übernimmt eine Frau das Amt der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, die der Partei wichtige Anstöße für eine moderne, aufgeschlossene und sozial gerechte Frauen- und Familienpolitik gegeben hat. Ursula Lehr, die Mitglied der CDU und des Bundesfachausschusses Frauenpolitik ist, hat unter anderem maßgeblich an den Essener Leitsätzen für die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau mitgearbeitet, und sie war auch Mitglied der kleinen Kommission, die die



Ursula-Maria Lehr

Beschlußvorlage über das „Christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ für den Wiesbadener Parteitag im Sommer 1988 erarbeitet hat.

Ursula Lehr, geboren 1930 in Frankfurt am Main, ist seit 1972 ordentliche Professorin und leitet seit 1986 als Direktorin das Institut für Gerontologie der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg und ist Gründungsmitglied der Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Die international anerkannte Wissenschaftlerin, die Psychologie, Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte studiert hat, hat sich mit zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen hervorgetan.

Helmut Kohl:

Wachstum und Beschäftigung stehen auf einer breiten und soliden Grundlage

Bundeskanzler Helmut Kohl hielt in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. November 1988 anlässlich der Zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes 1989 in der Aussprache über den Haushalt des Bundeskanzlers folgende Rede: (gekürzte Fassung)

Bei der Etatrede des Abgeordneten Dr. Vogel war bemerkenswert, wie wenig er über die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik gesprochen hat. Das hat seinen guten Grund, denn wenn er seine Rede von 1986 heute noch einmal gehalten hätte, wenn er sie nur gelesen hätte, hätte er zugeben müssen, daß er sich in einer ganz unwahrscheinlichen Weise getäuscht hat. Wenn Sie hier gesagt haben, Herr Abgeordneter Vogel, wir hätten uns ja auch getäuscht, wir hätten ja nur 2,5 Prozent angenommen, dann muß ich Ihnen sagen: Das ist doch ein gewisser Unterschied zu jenem Verelendungsgemälde, das Sie uns vor einem Jahr dargeboten haben.

Weiterer wirtschaftlicher Aufschwung, Expansion bei Stabilität, das ist kurzgefaßt das Markenzeichen der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, die nun ins siebte Jahr geht.

So die Einschätzung des Sachverständigenrats, die er durchaus auch mit kritischen Anmerkungen zu unserer Politik ergänzt. Er schreibt: „*Die Wirtschaft der Bundesrepublik bleibt auch im kommenden Jahr auf einem Expansionspfad*“, und er sieht insbesondere „*gute Chancen, daß die Beschäftigung weiter steigt*“. Diese ermutigende wirtschaftliche Bestandsaufnahme

steht in einem totalen Gegensatz zu jenem Zweckpessimismus, den Sie seit Jahr und Tag verbreiten.

1988 — dies sind die Tatsachen — wird in die deutsche Wirtschaftsgeschichte wahrscheinlich als ein Jahr eingehen, in dem Stimmungsbilder und Prognosen zwar im Rekordtempo feilgeboten wurden, aber auch die wohl größte Fehlerquote seit langer, langer Zeit erreicht haben. **Selten sind vorschnelle Worte, und zwar aus vielen Bereichen, nicht zuletzt auch aus dem Bereich der Wirtschaft, von den Tatsachen so schnell überholt worden.**

Zu diesem Rückblick gehört auch die Feststellung, daß die Bundesregierung in der damals psychologisch so schwierigen Situation — die Sie parteipolitisch ja sehr ausgenutzt haben — Maßnahmen getroffen hat, die sich als hilfreich erwiesen. Ich erinnere an die Verstärkung der Steuersenkung 1988 auf 14 Milliarden DM, an die zeitlich befristete Inkaufnahme eines höheren Haushaltsdefizits und an das Investitionsförderungsprogramm.

Viele haben diese Initiativen aufs heftigste kritisiert. Ihre Kritik ist vom Schicksal der meisten Prognosen ereilt worden: Sie wurde von den Tatsachen widerlegt. Auch dies ist eine Erfahrung des Jahres 1988, die wir den Wählern nicht vorenthalten sollten.

Im Blick auf die Zeit, die vor uns liegt, erscheint es mir wichtig, daß wir sagen können: Wachstum und Beschäftigung stehen auf einer breiten und soliden Grundlage; neben dem privaten Ver-

brauch sind insbesondere die Investitionen zum Konjunkturmotor geworden.

Wie wichtig dies ist, liegt auf der Hand, denn die Investitionen von heute sichern die Wettbewerbsfähigkeit und damit immer die Arbeitsplätze von morgen.

Die deutsche Wirtschaft ist auf dem richtigen Weg. Die Unternehmen haben ihre Investitionsplanungen deutlich nach oben revidiert; die Zahlen zeigen dies. In diesem Jahr wird der Anteil der realen Investitionen in Maschinen und Anlagen am Bruttosozialprodukt aller Voraussicht nach den höchsten Stand seit dem Jahre 1971, das heißt seit 17 Jahren, erreichen.

Dies ist ein Stück Abschlagszahlung auf die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, und es widerlegt auch das Geschwätz vom Standortnachteil Bundesrepublik Deutschland. Es lohnt sich offenkundig, in der Bundesrepublik Deutschland zu investieren.

Gleichzeitig ist uns etwas gelungen, was Sie draußen fortdauernd unterschlagen, nämlich ein anhaltendes Wachstum mit einem hohen Maße an Preisstabilität zu verbinden.

Wo gibt es vergleichbare Zahlen noch einmal in Europa? Nimmt man den Zeitraum seit 1986, so beläuft sich der Preisanstieg in diesen drei Jahren auf etwa ein Prozent.

Wenn Sie hier auf die Geschichte der Bundesrepublik zurückblicken, müssen Sie schon 30 Jahre zurückgehen, um vergleichbare Ergebnisse zu sehen.

Dieser Erfolg in Sachen Inflationsbekämpfung hat konkrete Folgen. Er hat zusammen mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum dazu geführt — das ist ganz anders, als Sie es hier darstellen wollten, Herr Vogel —, daß die Realeinkommen und damit der Wohlstand breiter Schichten der Bevölkerung spürbar zugenommen haben.

In den drei Jahren seit 1986 haben die verfügbaren **Einkommen der privaten Haushalte** nach Abzug des geringen Preisanstiegs um nicht weniger als 130 Milliarden DM zugenommen. Das ist der stärkste Anstieg seit Beginn der siebziger Jahre.

Diese Entwicklung gilt nicht nur für Einkommensbezieher, sondern auch für die Rentner. Auch ihnen ist die positive Wirtschaftsentwicklung zugute gekommen. Waren die Renten von 1980 bis 1982 real um 3,2 Prozent gesunken, so sind sie in den drei Jahren seit 1986 um 7 Prozent gestiegen. Das ist Sozialpolitik für die breiten Massen unseres Volkes.

Das dokumentiert einmal mehr die Erfahrung — dies ist, glaube ich, eine der wichtigsten Erfahrungen aus 40 Jahren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, daß ein Mehr an **sozialer Marktwirtschaft** immer auch ein Mehr an Chancen für Einkommen und Renten, für Ersparnisse und Wohlstand eröffnet.

Was mir besonders wichtig erscheint: Diese Einkommen sind nicht finanzielle Zuwendungen, die der Staat an Bürger weitergibt, sondern sie sind das Ergebnis der Leistungen der einzelnen Bürger. Diese Einkommen bedeuten auch, daß die Abhängigkeit von staatlichen Kassen nicht größer, sondern geringer geworden ist. Es sind Einkommen aus eigener Arbeit. Sie erweitern den Spielraum des einzelnen; sie bedeuten **mehr Freiheit**. Das ist das Ziel unserer Politik.

Die Entwicklung der letzten zwölf Monate hat auch auf dem **Arbeitsmarkt positive Veränderungen** gebracht. Natürlich weiß ich auch, daß hier noch viel zu tun ist und daß das eines der wichtigsten Probleme bleibt. Dabei sollten wir uns, wenn wir über den Arbeitsmarkt reden, nicht nur von der Statistik leiten lassen. Wir sollten vielmehr die Gesichter der Betroffenen und ihre Familien sehen.

Tatsache ist, daß wir beides zu berücksichtigen haben: die Erfolge und das, was noch zu tun ist.

Im September hat die Zahl der im Arbeitsleben Befindlichen erstmals wieder die Grenze von 26,4 Millionen überschritten. Das bedeutet einen Zugewinn von 870 000 gegenüber 1983. Das bedeutet zugleich den höchsten Beschäftigungsstand seit 1980. Die Sachverständigen gehen für Ende nächsten Jahres von einer Zahl in der Größenordnung von über eine Million aus. Und was haben Sie uns hinterlassen, das soll man nicht vergessen!

Wem ist dieser Zuwachs an Arbeit und Beschäftigung zugute gekommen? Zunächst einmal kam er vor allem jenen zugute, die durch **Kurzarbeit** betroffen waren. Das waren bei uns in der Bundesrepublik im März 1983 eine Million. Es sind jetzt weniger als 100 000.

Das ist der **niedrigste Oktober-Stand** seit 1979. Der Zuwachs an Arbeit und Beschäftigung kam auch den jungen Leuten zugute. Wir haben durch gemeinsame Anstrengungen — Sie haben die Lehrstelleninitiative damals genug diffamiert — für **mehr Lehrstellen** gesorgt. Das war ein hervorragendes Ergebnis. Wir haben jetzt die Situation, daß viele Ausbildungsstellen noch offen sind. Wir werden uns in den nächsten Jahren noch mit Wehmut an die hohe Zahl von Lehrstellenbewerbern erinnern.

Natürlich ist es so, daß die **Demographie** eine Rolle spielt; aber ebenso wahr ist, daß wir das Problem des Lehrstellenmangels gelöst haben, und zwar ohne Gesetze und ohne Abgaben, sondern mit dem guten Willen und der Unterstützung vieler Bürger.

Die Arbeitslosenquote für **junge Arbeitnehmer** unter 20 Jahren — das können Sie nicht so einfach auf die Demographie abschieben — lag zuletzt bei 5,3 Prozent.

Das sind fast drei Prozent weniger als die allgemeine Quote.

Gemessen an internationalen Maßstäben registrieren wir hier mit Blick auf die jugendlichen Arbeitslosen, daß wir innerhalb der EG die beste Entwicklung erreicht haben. Das ist kein Grund, auszuruhen; aber es ist auch wahr, daß diese Tatsachen immer wieder bekanntgemacht werden müssen.

Die **Arbeitslosenquote** insgesamt ist auf acht Prozent zurückgegangen. Das ist jetzt der niedrigste Wert seit sechs Jahren; das ist jedoch alles andere als ein Wert, mit dem wir zufrieden sein können. Es gehört vieles für die Zukunft noch dazu.

Dazu zählt beispielsweise auch die Frage, wie weit wir die **Statistik** etwas durchsichtiger und verständlicher machen. Jeder, der ernsthaft mit führenden Repräsentanten etwa des Deutschen Gewerkschaftsbundes redet, und zwar nicht auf einer Kundgebung, sondern in einem normalen vernünftigen Gespräch, wird ohne weiteres über die Tatsache sprechen können, daß es selbst in Arbeitsamtsbezirken mit hoher Arbeitslosigkeit Arbeitskräftemangel gibt. Sie können das bei jeder zuständigen Stelle in praktisch jeder Stadt unschwer erfahren. Folglich muß doch bei der Darstellung des Problems etwas falsch sein.

Wir sehen auch, wo die Probleme liegen. Wir sehen, daß wir viele Arbeitslose haben, die Opfer von strukturellen und regionalen Verwerfungen sind, ob das in der Schuhindustrie ist oder im Bereich der Kohle, ob das im Bereich des Stahls ist oder bei der Wertindustrie. Wir kennen ja die Beispiele. Aber wir sehen auch umgekehrt — das läßt sich nicht leugnen — die Veränderungen. Wir sehen die Tatsache, daß eine größere Zahl von Frauen ins Arbeitsleben strebt als früher, weil sie jetzt eine Chance sehen — die sie vorher

überhaupt nicht gesehen haben —, eine Arbeit zu bekommen.

Wir sehen auch Einstellungen, die ganz und gar töricht sind, etwa im Umgang mit älteren Arbeitnehmern. Selbst in einem Arbeitsamtsbezirk, der nahezu Vollbeschäftigung aufweist, wie der mittlere Neckarraum, werden Sie heute die größten Probleme haben, wenn Sie einen 52-, 53jährigen unterbringen wollen. Es ist ein absoluter Unsinn, daß Lebenserfahrungen so gering geachtet werden und die Chancen deswegen entsprechend so schlecht sind.

Ich glaube, daß sich alle Beteiligten — das gilt für die Politik genauso wie für die Tarifpartner, für Gewerkschaften und Unternehmen — mehr einfallen lassen müssen auf zwei wichtigen Feldern: der **Flexibilisierung** und der **Qualifizierung**. Die Tatsache, daß über eine Million der Arbeitssuchenden keine berufliche Qualifizierung aufweisen können, zeigt doch das eigentliche Problem, das wir in der Zukunft haben werden. Hier müssen wir ansetzen, und hier müssen wir die notwendigen Entscheidungen herbeiführen. Aber hier geht es nicht um Entscheidungen, die primär der Politik übertragen sind. Wenn wir ja sagen zur Tarifautonomie, dann haben die Tarifpartner bei Abschlüssen und bei innerbetrieblichen Vereinbarungen die notwendige Verantwortung wahrzunehmen.

Das andere Stichwort, das ich erwähnen möchte, gehört auch in diesen Bereich. Das ist die Flexibilisierung. Ich will besonders die Frage der **Teilzeitarbeit** ansprechen. Es ist nicht verständlich — obwohl jetzt bei uns die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen sind —, daß die Niederlande — das ist ein wirklich vergleichbares Land — 24 Prozent und wir 12 Prozent solcher Arbeitsplätze aufzuweisen haben.

Hier herrscht in Personalbüros und, wie

ich vermute, gelegentlich auch in Betriebsratsbüros noch sehr viel Denken in althergebrachten Bahnen.

Die Flexibilisierung ist ja vor allem etwas, was **berufstätigen Frauen** zugute kommt. Wer sich fortlaufend dazu bekennt, daß die Gleichberechtigung der Frau endlich Wirklichkeit werden muß, sollte sich auch darum kümmern, daß wir auf diesem Feld endlich vorankommen.

Ich begrüße es — das will ich ausdrücklich sagen —, daß gerade in allerjüngster Zeit auch im Kreis der Tarifpartner die Signale einer neuen Nachdenklichkeit und einer größeren Gesprächsbereitschaft auf diesem Feld deutlich zugenommen haben.

Mir scheint auch das Verständnis dafür zu wachsen, daß ein **Hochlohnland** wie die Bundesrepublik Deutschland das erreichte Einkommensniveau nur sichern kann, wenn wir halt in der Lage sind, bei der Organisation der Arbeitszeit den veränderten technologischen und wirtschaftlichen Bedingungen besser Rechnung zu tragen. Wenn ich das sage — ich sage das vorsorglich, weil ich weiß, was ich von Ihrer Seite zu erwarten habe —, bedeutet das selbstverständlich nicht, daß soziale Absicherungen in Sachen **Arbeitszeit** zur Disposition gestellt werden sollen.

Klar ist aber, daß wir insgesamt gesehen beweglicher werden müssen. **Wenn wir nicht beweglicher werden, werden wir unseren Platz als Exportnation Nummer eins auf die Dauer nicht halten können.**

Vor allem warne ich — da sehe ich bei den **Gewerkschaften** erfreulicherweise eine gute Entwicklung — vor pauschalen Konzepten. Was für ein kapitalintensives Großunternehmen der Industrie mit einem Mehrschichtbetrieb gut und sinnvoll sein mag, das paßt noch lange nicht für ein Handwerksunternehmen. Die Differenzierung auch im Blick auf die

Regionen gibt uns hier, glaube ich, noch eine ganze Menge Chancen.

Mit einem Satz: Es gibt noch vieles zu tun, nicht nur für die Tarifpartner, auch für die Politik. Wir haben die Aufgabe, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen.

Aber das werden wir nur tun können, wenn wir eine andere Priorität beachten. Das sind solide **Staatsfinanzen**. Ich sagte bereits, daß wir im laufenden Jahr auf Grund der besonderen Situation infolge der Turbulenzen an den Finanzmärkten ein höheres Haushaltsdefizit in Kauf genommen haben.

Ich habe damals, vor einem Jahr, erklärt: das wird sich nicht wiederholen, das wird ein Ausreißer bleiben. Sie haben uns beschimpft, diffamiert und alles Mögliche nachgesagt. Wenn sie fair sind, gehen Sie heute an dieses Pult und bekennen, daß alles, was sie vorhergesagt haben, falsch war.

Ich habe damals gesagt — und der Kollege Stoltenberg hat es bei vielen, vielen Gelegenheiten deutlich gemacht —, daß die Nettokreditaufnahme des Bundes im Haushaltsjahr 1989 um mindestens 10 Milliarden DM zurückgeführt werden soll. Heute können wir feststellen, daß der Haushalt, der Ihnen zur Entscheidung vorliegt, dieser Vorgabe entspricht.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, daß das Ziel einer wirksamen Ausgaben- disziplin und einer Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung für uns unverändert Gültigkeit hat. Sie haben mich hier zitiert, Herr Kollege Vogel, mit dem, was ich auf einem Parteitag in Aachen gesagt habe, und ich nehme das gerne auf: **Nur wer das eigene Haus in Ordnung hält, kann auch etwa in der Weltpolitik oder in der Europapolitik seinen Beitrag leisten.** Weil dies so ist, halten wir dieses Haus Bundesrepublik Deutschland in Ordnung.

Diesem Ziel dient auch unsere **Steuerpolitik**. Auch das ist ja eine, wie ich finde, gute Entwicklung — das gilt nicht nur für Sie, sondern das gilt auch für viele in der Koalition —: Wieviel Ratschläge gab es denn, die Terminplanung hinsichtlich der Steuersenkung zu verändern.

Dieser Tage sagte mir einer von denen, die es eigentlich wissen müssen: Daß jetzt die nächste Rate zum 1. Januar 1990 kommt, ist wie gemalt; besser hätte man es gar nicht machen können.

Die **Steuerreform 1990** trägt eben der gesamten Entwicklung Rechnung.

Die nachhaltige Anhebung des Grundfreibetrags, die **Besserstellung der Familien mit Kindern, die Beseitigung des sogenannten Mittelstandsbauchs** — das alles sind Inhalte der **Reform**, die in die **Zukunft** weisen. Das ist hier von meinen Kollegen aus der Koalition schon deutlich angesprochen worden.

Im Blick auf die EG und den **europäischen Binnenmarkt** in 48 Monaten sind die anderen Reformen unerlässlich. Ich nenne hier die Postreform, von Ihnen heftig bekämpft.

Wenn es so weitergegangen wäre, wie Sie es bei der Post gemacht haben, wäre die Post in ein paar Jahren am Ende gewesen. Sie haben den Personalumfang aus- geweitet und nichts, aber auch gar nichts für die Zukunftssicherung getan. Sie haben die Arbeitsplätze bei der Post gefährdet. Was haben Sie denn an Anpas- sungen bei den neuen Kommunikations- technologien angesichts der veränderten Marktbedingungen gemacht?

Und was haben Sie im Blick auf die Lohnnebenkosten getan, etwa im Zusam- menhang mit dem Sozialversicherungs- system?

Sie haben uns das **Gesundheitswesen** in einem Zustand hinterlassen, bei dem es

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Heiner Geißler:

Wir erleben eine neue Form des politischen Kampfjournalismus

Eine Zusammenfassung der Rede von Heiner Geißler vor dem Deutschen Bundestag am 22. November 1988:

„Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat in seiner Rede davon gesprochen, es gehe in einer Gesamtbilanz um die Bewertung der politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Darum geht es in der Tat bei einer Haushaltsdebatte, bei einer Debatte um den Etat des Bundeskanzlers.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

nicht bleiben konnte. Von 24 Milliarden DM im Jahr 1970 sind die Kosten auf 125 Milliarden DM in diesem Jahr gestiegen.

Jeder von uns weiß, daß die **Zukunftschancen** der Bundesrepublik Deutschland entscheidend davon abhängen, ob wir fähig sind, Exportland Nummer eins zu bleiben. Wir werden das nur bleiben, wenn wir die **Lohnnebenkosten eingrenzen**. Aus diesem Grund muß jetzt — und ich bin dankbar, daß die Kollegen das ermöglicht haben — in dieser Woche die letzte Entscheidung im Deutschen Bundestag getroffen werden.

Wir gehen davon aus, daß dieser Kurs, der dem Frieden und der Freiheit unseres Landes dient, der im Inneren dem Wohlstand und der sozialen Gerechtigkeit dient, der richtige ist.

Wir, die Bundesregierung und die sie tragende Koalition, sind entschlossen, ihn konsequent und mit dem notwendigen Mut auch dort, wo unpopuläre Entscheidungen zu treffen sind, weiterzuverfolgen. Dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen.

Es ist jedoch bemerkenswert gewesen, daß er im letzten Teil seiner Rede, als er auf die politischen Parteien zu sprechen kam und insbesondere Stellung bezogen hat — was sein gutes Recht ist — zur Christlich Demokratischen Union, zur größten Regierungspartei, eine bestimmte Strategie verfolgt hat, die zwar leicht durchschaubar war, die man aber offenlegen muß. Denn der Kernpunkt dieser Ausführungen bestand darin, daß er eine Parallele herstellen wollte zwischen dem, was vor über einem Jahr in Kiel passiert ist, und in Hannover.

Worin besteht nun eigentlich der Unterschied zwischen dem, was in Schleswig-Holstein passiert ist, und dem, was in Niedersachsen ist? In Schleswig-Holstein hat ein Ministerpräsident, Mitglied der Christlich Demokratischen Union, schwer gefehlt, was uns alle bedrückt, und worunter meine Partei heute noch leidet. In Niedersachsen aber steht doch heute schon fest, daß alle Beschuldigungen gegen Ministerpräsident Ernst Albrecht, der im Gegensatz zu den SPD-Genossen in Niedersachsen von Anfang an gegen die Spielbankkonzessionen gewesen war, zusammengebrochen sind.

In der ‚Zeit‘ vom 26. August 1988 wird gesagt: **„Der Zeuge von Rath konnte seine Vorwürfe nicht untermauern.**‘ Es wird weiter gesagt, daß die CDU von den Spielbanken nicht profitiert habe. Die ‚Celle-sche Zeitung‘ hat festgestellt: **„Ministerpräsident Ernst Albrecht geht als eindeutiger Sieger aus dem dreitägigen Ringen um die Wahrheit in der Kasinoaffäre hervor.**‘ Das heißt, in Niedersachsen gibt es keine Al-

brecht-Affäre, und jeder Vergleich mit Kiel verbietet sich.

Es ist etwas ganz anderes im Gange. Die Sozialdemokraten wollen Barschel und Kiel zu einem flächendeckenden Modell der Diffamierung der Christlich Demokratischen Union in Deutschland machen.

Das ist der Punkt. Darin liegt die Strategie. Weil ein CDU-Ministerpräsident in Schleswig-Holstein schlimme Geschichten gemacht hat und Ernst Albrecht ein CDU-Ministerpräsident ist, muß auch er schlimme Geschichten gemacht haben. Das ist ungefähr dieselbe Logik, als wenn man sagt: Eine Lokomotive pfeift, Hans-Jochen Vogel pfeift, Hans-Jochen Vogel ist also eine Lokomotive.

Das ist ungefähr dieselbe Pseudologik, die schon die Sophisten angewandt haben, um unhaltbare Positionen zu rechtfertigen.

Wir erleben jetzt eine neue Form des politischen Kampfjournalismus, ich will hinzufügen: eine bestimmte Form des Kampfjournalismus, der nicht mehr mit Behauptungen arbeitet, denn diese Behauptungen könnten ja vor Gericht belangt werden, sondern eine nicht bewiesene Behauptung wird in Frageform gekleidet. Das haben wir bei dem gefälschten Brief von Uwe Barschel in 'Panorama' erlebt, wo der Inhalt dieses gefälschten Briefes der Öffentlichkeit bekanntgegeben und dann der scheinheilige Satz nachgeschoben wurde: Wir wissen nicht, ob dieser Brief gefälscht ist oder nicht, aber wir hoffen im Interesse der Demokratie, daß die Christlich Demokratische Union möglichst bald herausfindet, ob er gefälscht ist oder nicht. Nach dieser Methode sind 'Spiegel' und 'Stern' in Niedersachsen vorgegangen. Der Angeschuldigte soll sich rechtfertigen, ihm wird die Beweislast übertragen. Das heißt, es wird genau das getan,

was in einem Rechtsstaat und in einer vernünftigen Presseauseinandersetzung nicht passieren sollte.

Sie von der Sozialdemokratischen Partei sollten kein Interesse daran haben, daß diese Form des Kampfjournalismus weiter Schule macht. Es müßte im Interesse aller Demokraten sein, daß man nicht unter Umgehung des Presserechts und der Rechtsordnung den Versuch unternimmt, die Beweislast umzudrehen und diejenigen, die angeschuldigt werden, durch eine falsche Fragestellung in ein schlechtes Licht zu rücken nach der Methode: Wo Rauch ist, ist auch Feuer, und irgendwie wird schon etwas Dreck am Stecken bleiben.

Egal, ob nun die SPD hinter dem steckt, was 'Spiegel' und 'Stern' da inszeniert haben, oder ob sie sich dahinter versteckt, — auf jeden Fall profitieren die Sozialdemokraten von dieser Form des Journalismus. Ich habe eine einfache Frage: Was wäre Schröder in Niedersachsen ohne 'Stern' und 'Spiegel'? Er wäre eine politische Null.

Heute morgen gab es eine heftige Auseinandersetzung über die Gesundheitsreform. Nun will ich dazu folgendes sagen: Ich war von 1967 bis 1977 Gesundheitsminister in Rheinland-Pfalz. Ich habe bereits im Jahre 1973 eine Expertise über die Kostenexplosion im Gesundheitswesen — das werden einige noch wissen — veröffentlicht: 1972 oder 1973 gaben die gesetzlichen Krankenversicherungen der Bundesrepublik Deutschland 12 oder 13 Milliarden DM aus. Ich habe gesagt, wenn es in der Extrapolation so weitergeht, dann landen wir in 12 oder 15 Jahren bei 130 Milliarden DM. Genauso ist es eingetroffen.

Jetzt frage ich die Sozialdemokratische Partei — die Entwicklung im Gesundheitswesen war vorhersehbar, alle haben darauf hingewiesen, daß es so nicht wei-

tergehen kann —: Was haben Sie eigentlich bis 1982 unternommen, um diese Kostenexplosion einzudämmen? Sie haben nichts getan, überhaupt nichts getan. Die jetzige Bundesregierung hat dieses Problem aufgegriffen und geht an die Reform des Gesundheitswesens heran.

Jetzt lese ich in SPD-Flugblättern — das muß man einfach zur Kenntnis nehmen: „Ab 1. Januar 1989 dürfen Sie nicht mehr krank werden. Bisher waren Sie gesetzlich versichert.“ Damit wird den Leuten doch insinuiert, in der Zukunft seien sie nicht mehr versichert. Was Sie hier machen, ist ein Spiel mit den Urängsten des Menschen, ein politisches Spiel mit der Angst der Menschen vor Krankheit und Tod.

Der Bundeskanzler hat dies mit einem Ausdruck bezeichnet, den er zurückgenommen hat. Jetzt will ich aber fragen: Was ist eigentlich mit Herrn Vogel los? Die CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen fordert den Rücktritt von Innenminister Schnoor. Dafür gibt es gewichtige Gründe, das ist das selbstverständliche Recht einer parlamentarischen Opposition. Aber vor zwei Tagen lese ich, daß der SPD-Chef Hans-Jochen Vogel aus seiner Sicht unterstrich, die Amtsführung Schnoors könne aus Bonner Sicht nicht im geringsten in Zweifel gezogen werden. Das ist ja sein gutes Recht. Jetzt geht es aber weiter: Unerträglich sei deshalb *„die heuchlerische Hetze“* aus den Reihen der Union, die aus der Geiselsituation nachträglich in „Roßtäuschermanier“ — laut dpa — politisches Kapital schlagen wolle.

Wie glaubwürdig und wie ernst zu nehmen ist eigentlich die moralische Empörung des Fraktionsvorsitzenden und der gesamten SPD gegenüber dem Bundeskanzler, der seinen Ausdruck wieder zurückgenommen hat? Ich will gar nicht

die Frage stellen, was Herr Vogel jetzt mit dem tut, was er selber gesagt hat. Ich möchte etwas ganz anderes feststellen.

Sie sprechen — Herr Vogel hat es in seiner Rede getan — von der Gefährdung der ‚moralischen Substanz der repräsentativen Demokratie‘ im Hinblick auf die Christlich Demokratische Union und reden von der Verletzung der ‚primitivsten Regeln des Anstandes‘. Herr Vogel ist der Vorsitzende einer Partei, die — jetzt wollen wir das einmal klarstellen — gezeichnet ist vom HELABA-Skandal, Steglitzer Kreisel, Hafestraße, Neue Heimat, Aachener Klinikum; in Bremen haben wir Genossenfilz. Da wird über Korruption im Landtag diskutiert; das weiß jedermann. Herr Vogel empört sich über den Bundeskanzler, und es ist keine zwei Tage her, da redet er von ‚heuchlerischer Hetze‘. Der Vorsitzende einer solchen SPD führt sich als moralischer Apostel auf. Da kann man den Kommissar Schimanski gleich zum Direktor einer Mädchenschule machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt ein einfaches Sprichwort: Lügen haben kurze Beine. Die Sozialdemokratische Partei muß aufpassen und insbesondere Herr Vogel muß aufpassen, daß seine Argumentation bei dem, was er hier sagt, wahr bleibt, sonst wird sich nämlich der Volksmund eines Tages seiner bemächtigen, und dann wird es heißen: *Lügen haben kurze Beine, kürzer sind dem Vogel seine.*

Ich bin sehr dafür, daß wir klar und deutlich reden. Es wird immer davon gesprochen, die Politiker sollten nicht so viele Sprechblasen absetzen und nicht wie die Bürokraten reden. Ich rede einmal so, daß es die Leute verstehen. Also: Lügen haben kurze Beine, kürzer sind dem Vogel seine. Für den Volksmund überall zu verwenden, was diese Frage angeht. Nun spricht Vogel in seiner Rede auch

von der **geistig-moralischen Erneuerung** und stellt die Frage, wo denn die geistig-moralische Erneuerung geblieben sei, seit diese Bundesregierung, der Bundeskanzler zusammen mit den Freien Demokraten, die Regierungsverantwortung 1982 übernommen hat. Da zitiert er irgendwelche Leute, ohne da groß Namen zu nennen, die von programmatischer Ermüdung sprechen. Ich möchte einmal auf folgendes hinweisen. Seit die Christlich Demokratische Union an der Regierung ist, zusammen mit den Freien Demokraten, ist das Bündnis — geistig-moralische Erneuerung! — wieder gefestigt, die Freiheit ist gesichert, die Abrüstung ist in Gang gebracht worden. Wir haben einen europäischen Durchbruch erzielt, der Bundeskanzler während seiner Präsidentschaft an vorderster Stelle. Vier Millionen Deutsche aus dem einen Teil Deutschlands haben den anderen Teil Deutschlands besuchen können. Wir haben den Zivildienst neu geordnet. Ich nenne weiterhin: Schutz der ungeborenen Kinder, eine neue Konzeption in der Familienpolitik, Anerkennung der neuen Arbeit — Pflegearbeit, Erziehungsarbeit, Familienarbeit — in der Rentenversicherung, Beantwortung der Neuen Sozialen Frage. Wir gehen an die Lösung eines neuen Problems heran, nämlich an das Problem der Pflegebedürftigkeit. Wir packen die Gesundheitsreform an, die Rentenreform, die Medienreform; wir haben die Steuerreform gemacht. Wir kümmern uns um neue Technologien. Wir gehen an den Umbau des Sozialstaates heran. Das ist geistig-moralische Erneuerung und programmatische Innovation durch die positive Arbeit und die positiven Ergebnisse des Bundeskanzlers und seiner Regierung und nicht durch fromme Sprüche in Akademien oder sonstwo.

Man muß sich die Frage stellen: **Wo bleibt hier die Sozialdemokratische Partei?** Ich habe eher den Eindruck, daß sie

programmatisch und auch, was die Innovation anbelangt, vor sich hindümpelt. Zu den Punkten, die ich gerade genannt habe, hat die Sozialdemokratische Partei im wesentlichen nur nein gesagt und hat auch gar keine Alternative entwickelt. Aussteigen, Verweigern und Technikfeindlichkeit, das sind die großen Irrtümer der Sozialdemokraten und auch, so muß ich sagen, der Grünen und von Teilen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bei der SPD herrscht geistiger Ladenausfluß.

Ich möchte folgendes feststellen: Wollte die Sozialdemokratische Partei in ihrem jetzigen Zustand auch nur eines dieser Reformwerke in Angriff nehmen — das ist ja die jetzige Situation —, dann würde sie drei Jahre lang innerparteilich darüber streiten, eine Kommission darü Vogel einsetzen, dann eine Oberkommission unter Lafontaine, um anschließend auf dem Parteitag die Sache wieder zu vertagen, weil sie nicht die politische Kraft besitzt, auf die konkreten Herausforderungen dieses Landes und der Zukunft eine Antwort zu geben. **Das ist der Zustand der Sozialdemokratischen Partei.**

Immer dann, wenn es schwierig wird und wenn es auch darum geht, den Bürgern Opfer abzuverlangen — wenn wir solche Reformwerke in Angriff nehmen, dann geht dies eben nur, wenn alle Einschränkungen hinnehmen —, dann setzt sich bei den Sozialdemokraten der Widerstand starker Interessengruppen durch, und dann knickt sie ein.

Es geht nicht um Problemverwaltung nach dem Beispiel der SPD in Nordrhein-Westfalen, sondern es geht um Problemlösung für die Bundesrepublik Deutschland. Klar ist auch, daß wir es in dieser Zeit des Umbruchs von einer Produktionsgesellschaft zu einer Wissens- und Informationsgesellschaft — das ist

schon oft gesagt worden —, in der wir uns befinden, natürlich mit schwierigen Problemen zu tun haben, und daß falsche Propheten aufstehen.

Die zukünftige Entwicklung ist durch die modernen Technologien gekennzeichnet. Den Menschen erscheint es so, daß sich die Zeitabläufe schneller vollziehen, als es früher der Fall war. Es gibt eine rasante technische Entwicklung. Dadurch rückt die Zukunft näher. Es hat jemand davon gesprochen, die Zukunft sei weniger prognostizierbar; das ist richtig. Dadurch tut sich die Zukunft auch als Raum der Einbildungen und als ein Raum der Bildung von Ängsten auf.

Ich finde, wir sollten nicht dazu beitragen, diese Ängste zu schüren, gerade dann nicht, wenn es darum geht, große Probleme zu lösen. So muß z.B. das Problem der Gesundheitsreform gelöst werden. Es geht uns nicht um die Beseitigung des freiheitlichen Gesundheitswesens, sondern wir wollen es erhalten. Man kann es aber nur erhalten, wenn es finanzierbar bleibt.

Ich halte es für unverantwortlich, den Menschen Angst zu machen. Wir glauben als Christliche Demokraten an die moralische und geistige Kraft des Menschen, mit den Problemen der Gegenwart und der Zukunft fertig zu werden, genauso wie dies nach dem Krieg der Fall gewesen ist. Nach dem Krieg waren große Probleme vorhanden. Wir haben sie lösen können, weil wir nicht dem Protest und der Angst anheimgefallen sind, sondern weil wir diesen Glauben an die geistige und moralische Kraft des Menschen bewahrt haben, und zwar in einem, wie ich meine, gesunden und richtigen anthropologischen Optimismus.

Die ganze technische Entwicklung, die vielen Menschen Angst macht, ist im Grunde genommen nie anders zu beurteilen, als dies auch bisher der Fall war. Wir

beten die technische Entwicklung und den wirtschaftlichen Fortschritt nicht an, aber wir dämonisieren ihn auch nicht.

Wir wollen die Chancen des technischen Fortschritts für unser Volk nutzen, aber gleichzeitig seine Risiken begrenzen. Unsere Zukunft wird davon abhängen, ob wir in der Lage sind, auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten technologische Spitzenprodukte auf dem Weltmarkt abzusetzen. **Wir müssen erstklassig bleiben; wir dürfen nicht zweitklassig werden.** Dafür eignet sich eben nicht eine Konzeption des Aussteigens und der Technikfeindlichkeit, wie sie von den Sozialdemokraten und von den Grünen propagiert wird.

Es ist klar, daß eine solche Politik auf Schwierigkeiten stößt. Wir befinden uns mitten in der Legislaturperiode. Diese Reformen verlangen von vielen Menschen Anstrengungen, zum Teil auch Einschränkungen. Deswegen haben wir auch als Christlich Demokratische Union in der Diskussion, in der Auseinandersetzung an der Basis und in den Gesprächen mit den Menschen unsere Probleme; das wollen wir ganz offen zugeben.

Aber wir sind ja an der Regierung, um die Dinge zu gestalten und um die Reformen durchzuführen, die ja längst hätten angepackt werden können. Es ist offenbar unser Schicksal, daß wir den Karren aus dem Dreck ziehen müssen, den andere in den Dreck hineingefahren haben, und daß wir Probleme zu lösen haben, die, wenn sie früher angepackt worden wären, heute wesentlich geringere Opfer und Anstrengungen fordern würden.

In der führenden Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ vom 4. November 1988 ist im übrigen kürzlich folgendes festgestellt worden:

„In den meisten Legislaturperioden haben Regierungen zur Halbzeit Schwierigkeiten;

die Wahlforschung nennt das den *Mid-term-Effekt*.'
— Halbezeiteffekt, auf deutsch gesagt.

Als Sie an der Regierung waren, ist das nicht anders gewesen. —

„In den Bundestagswahlen gelingt es den Regierungsparteien in der Regel, ihre Anhänger... zu motivieren und zu mobilisieren ...“

Sie können sich zur Zeit an den demoskopischen Ergebnissen erfreuen. Das können Sie gerne tun. Aber die Demokratie ist Gott sei Dank keine Demoskopie. Umfrageergebnisse sind keine Wahlergebnisse. Merken Sie sich das eine: Die Union wird in beiden Halbzeiten spielen.

Wahlen haben wir in zwei Jahren. Dann erst, am Ende einer Legislaturperiode, wird Bilanz gezogen. Dann werden die Wählerinnen und Wähler feststellen, daß diese Regierung, daß dieser Bundeskanzler, um dessen Etat es heute geht, die Probleme nicht haben liegen lassen — wie Sie das gemacht haben, sondern daß der Bundeskanzler die Probleme angepackt hat und daß wir den Mut gehabt haben, unpopuläre Entscheidungen durchzusetzen,

weil sie für das Allgemeinwohl notwendig gewesen sind. Das ist unsere Konzeption.

Das eine ist auch klar: Die Gestaltung dieses wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Wandels, der weit über diese Legislaturperiode hinausreicht, wird der Wähler — davon bin ich überzeugt — wieder der Union anvertrauen, weil wir als große Volkspartei in der Lage sind, die damit verbundenen Spannungen auch auszuhalten, die damit verbundenen schweren Konflikte zu überwinden und sie auch auszusöhnen. Dazu ist nur eine Volkspartei in der Lage und eben nicht eine Klassenpartei.

Das wird das große Thema sein: Was wird sich bei der Lösung der großen Probleme der Zukunft durchsetzen, **das Allgemeinwohl oder der Lobbyismus, der Bürgersinn oder die Einzelinteressen?** Ich möchte Ihnen versichern: Die Christlich Demokratische Union und dieser Bundeskanzler werden an der Seite des Allgemeinwohls und des Bürgersinnes stehen, weil wir nur so eine gute Zukunft für unser Volk und unser Land sicherstellen können.“

Aussiedler sind Deutsche

Das neue, aus aktuellem Anlaß geschaffene Handbuch „Aussiedler“ von Dr. jur. Ernst Liesner, Vizepräsident des Bundesverwaltungsamtes, stellt allgemeinverständlich und übersichtlich die Voraussetzungen für das Verfahren für die Anerkennung als Vertriebener dar, und zwar das schriftliche und mündliche Verfahren vor und nach der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland.

Das Handbuch verwertet die Erfahrungen von Praktikern, die lange Jahre in Vertriebenenangelegenheiten tätig gewesen sind. Es ist den Bearbeitern in staatlichen Länder- und Kommunalverwaltungsbehörden, Vertriebenenämtern, Parteien und Verbänden sowie für Verwaltungs- oder Sozialgerichte eine unentbehrliche Hilfe.

AUSSIEDLER

Die Voraussetzungen für die Anerkennung als Vertriebener

Arbeitshandbuch mit 224 Seiten, im Format DIN A4, mit 10 Karten, 1 Farb-Doppelkarte, 25 Schaubildern, Tabellen und Formularübersichten, DM 29,80

Maximilian-Verlag, 4900 Herford

Gerhard Stoltenberg:

Außer Schreckensmeldungen hatte die SPD zum Haushalt nichts zu bieten

Im Gegensatz zu dem vor einem Jahr weit verbreiteten Pessimismus ist dieses Jahr eines der besten in den letzten beiden Jahrzehnten geworden. Dynamisches Wachstum, vor allem durch beachtlich verstärkte private Nachfrage bei niedrigeren Preissteigerungsraten, stark ansteigende private und öffentliche Investitionen und entsprechend höhere Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden, sind die wichtigsten Stichworte.

Die Neuverschuldung bei Bund, Ländern und Gemeinden wird 1988 weniger als 60 Mrd. DM betragen, rund 2½ Prozent des Bruttosozialproduktes. In den letzten Regierungsjahren der SPD betrug sie fast 4,5 Prozent. Für 1989 rechnen wir nur noch mit einer Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hände von etwa 44 Mrd. DM. Mit rund zwei Prozent des Bruttosozialproduktes wäre dies der niedrigste Wert seit Anfang der siebziger Jahre.

Nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß ist eine Kreditaufnahme im Bundeshaushalt 1989 von 27,19 Mrd. DM vorgesehen.

Wir erreichen damit gegenüber dem für dieses Jahr erwarteten Betrag von 36 und 37 Mrd. DM eine deutliche Verbesserung. Mögliche, über den Haushaltsansatz von 5 Mrd. DM hinausgehende Mehreinnahmen aus der Gewinnablieferung der Deutschen Bundesbank können darüber hinaus zur Tilgung alter Schulden verwendet werden.

Alle Prophezeiehungen über eine unkontrollierte Ausdehnung der Kreditauf-

nahme des Bundes erweisen sich damit als unzutreffend. Ich erinnere an die pausenlos bis in den Juni hinein verbreiteten Schreckensmeldungen der SPD über angebliche Deckungslücken im Bundeshaushalt von bis zu 45 Mrd. DM in diesem Jahr und über 50 Mrd. DM im nächsten Jahr. Im Verhältnis zur wirtschaftlichen Gesamtleistung, dem Bruttosozialprodukt, erreicht die Kreditaufnahme des Bundes in diesem Jahr voraussichtlich 1,7 Prozent und 1989 1,3 Prozent.

Bei wesentlich verbesserten Wirtschaftsdaten werden auch die Länder ihre Kreditaufnahme deutlich zurückführen können, voraussichtlich von 17,5 Mrd. DM im Jahr 1988 auf 14 Mrd. DM in 1989.

Die deutliche Verstärkung der Wachstumsdynamik in diesem Jahr ist vor allem auch das Ergebnis nachhaltiger Konsolidierungspolitik und umfassender Senkungen der Steuern auf Arbeit und unternehmerische Tätigkeit. Von 1985 bis 1988 sind bereits Steuerentlastungen mit einem Volumen von fast 30 Mrd. DM jährlich wirksam geworden. Das bedeutet erheblich verbesserte Bindungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen und zusätzliche private Kaufkraft. Diese Politik hat Wachstum und private Nachfrage gefördert.

Vor allem Ende vergangenen Jahres überschlugen sich manche in einem verbalen Aktionismus. Riesige Milliardenprogramme zur Konjunkturstützung auf der Ausgabenseite unserer Etats wurden ebenso gefordert wie massive Sofortprogramme zur Steuerentlastung.

Wir sind diesen Parolen glücklicherweise

nicht gefolgt, sondern haben die Notwendigkeit eines Gleichgewichts unserer finanzpolitischen Entscheidungen — Kontrolle der Neuverschuldung und wirksame Steuerentlastungen — eindeutig begründet. Unsere Einschätzung hat sich als zutreffend erwiesen. Der Versuch, die Erfolge unserer Politik jetzt als glücklichen Zufall darzustellen, ist völlig unglaubwürdig.

1988 wird bei einer Senkung von fast 15 Mrd. DM zu einem der besten Jahre für die **Gemeindehaushalte** in der Geschichte der Bundesrepublik. Bei einem Zuwachs der Steuereinnahmen von 8,9 Prozent allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ergeben sich erheblich günstigere Bedingungen für die Finanzierung kommunaler Aufgaben. Nach den vorliegenden Daten werden die Sachinvestitionen der Gemeinden in diesem Jahr voraussichtlich um fünf Prozent zunehmen. Gegenüber 1984 ergibt sich damit ein Anstieg von insgesamt mehr als 20 Prozent. Das kommunale Finanzierungsdefizit wird 1988 nur noch rund 2 Mrd. DM betragen. Gegen Schluß der Regierungszeit der SPD, 1981, belief es sich demgegenüber auf rund 10 Mrd. DM.

Zuwachs beim Bruttosozialprodukt bedeutet heute nicht entsprechend hohe zusätzliche Staatsausgaben, sondern verstärkte private Investitionen, zunehmende privater Verbrauch und expandierende Einfuhren wie Ausfuhren. Bei anhaltend guten Unternehmenserträgen wurde die finanzielle Grundlage der Betriebe gefestigt und die Finanzierung zusätzlicher Investitionen ermöglicht. Die Eigenkapitalquote ist nach den Untersuchungen der Deutschen Bundesbank 1987 weiter auf 19,5 Prozent gestiegen.

Seit 1982 sind die entscheidenden Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen im Durchschnitt um real 4,8 Prozent gestie-

gen. In diesem Jahr wird der Zuwachs voraussichtlich sogar 6½ Prozent erreichen. Das bedeutet eine nachhaltige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und vor allem die Schaffung neuer Arbeitsplätze — rund 870.000 seit 1983. Demgegenüber waren bei einem durchschnittlich realen Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um nur zwei Prozent zwischen 1970 und 1982 viele hunderttausend Arbeitsplätze verloren gegangen.

Wer die Förderung günstiger Ertrags- und Investitionsbedingungen immer noch als Umverteilungspolitik zugunsten der sogenannten Besserverdienenden kritisiert, hat die entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgabstellungen bis heute nicht erkannt. Ohne unsere Erfolge gäbe es für Aussiedler, die in diesem Jahr verstärkt zu uns kommen, kaum eine Chance, einen Arbeitsplatz zu finden. Ohne diese Erfolge hätten wir auch die Jugendarbeitslosigkeit nicht entscheidend zurückgeführt, und ohne sie wäre die jetzt eingetretene grundlegende Verbesserung bei den Ausbildungsplatzchancen junger Menschen kaum Wirklichkeit geworden.

Im übrigen ist die von der SPD immer wieder vorgenommene Gleichsetzung von steigenden Vermögenseinkommen mit einem ausschließlichen Zugewinn der sogenannten Besserverdienenden eine Verzeichnung der tatsächlichen Entwicklung. 48 Prozent aller Vermögenseinkommen privater Haushalte flossen 1987 an Haushalte von Arbeitern, Angestellten und Beamten, weitere 29 Prozent an Rentner und andere nicht Erwerbstätige. Wenn Stabilität und Wachstum diese Einkommen sichern, bedeutet das vor allem auch einen deutlichen Zugewinn an sozialer Gerechtigkeit.

Bei fast vollständiger **Preisstabilität** steigen die Realeinkommen seit 1984 um jährlich rund drei Prozent, nur wenig

schwächer ist die Zunahme beim privaten Verbrauch. In der stetigen Expansion von Produktionskapazitäten und privater Nachfrage liegt der eigentliche Schlüssel zu dauerhaftem Wachstum.

Die maßvolle Anhebung einiger Verbrauchsteuern ist aus drei Gründen erforderlich: Wir müssen eine Entwicklung korrigieren, bei der die Staatseinnahmen immer stärker auf der Belastung von Arbeit und unternehmerischer Tätigkeit beruhen. Der Anteil dieser direkten Steuern war in den letzten 25 Jahren viel zu stark angestiegen. Die Steuern auf Verbrauch gingen entsprechend in ihrem Gewicht erheblich zurück.

Die Harmonisierung der indirekten Steuern in der Europäischen Gemeinschaft, eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Binnenmarktes ist ohne die maßvolle Anhebung einiger Sätze bei uns in der Bundesrepublik Deutschland nicht erreichbar. Und schließlich brauchen wir bei den weiteren nachhaltigen Übertragungen von Steueranteilen des Bundes an die EG einen Ausgleich.

Angesichts zurückgehender Energiepreise und weiter steigender Realeinkommen werden die Anpassungen bei einigen speziellen Verbrauchsteuern die private Nachfrage nicht spürbar verringern. Nach der Herbstumfrage des DIHT ist dies auch die Einschätzung der Unternehmen.

Schwerwiegende wirtschaftliche Probleme und soziale Ungerechtigkeit wären allerdings die Folge, wenn die SPD Vorhaben zur höheren Energiebesteuerung mit einem Volumen von bis zu 40 Mrd. DM verwirklichen könnte. Die gleiche Partei, die uns heftig wegen einer vergleichsweise geringen Steueranhebung von 8 bis 10 Mrd. DM kritisiert, verfolgt Pläne, die weit über unsere Vorschläge hinausgehen.

Dokumentation zur Gesundheitsreform

Die Dokumentation dieser Ausgabe „Solidarität und Eigenverantwortung“ können Sie auch in größerer Stückzahl über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold beziehen.

Bestell-Nr. 5121

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM zzgl. MwSt.

Kölner Innungskasse senkt schon die Beiträge

Als erste Krankenkasse der Bundesrepublik hat die Innungskrankenkasse (IKK) Köln unter Hinweis auf die zu erwartenden Einsparungen durch das vom Bundestag verabschiedete Gesundheitsreform-Gesetz eine Beitragssenkung beschlossen. Die Kölner IKK will ihren allgemeinen Beitragssatz im kommenden Jahr von 13,6 auf 13 Prozent herabsetzen. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wertete diese Entscheidung als Beweis für den Erfolg seiner Politik zur Kostensenkung im Gesundheitswesen. Er erwartet eine Signalwirkung auch für andere Krankenkassen.

Zur Nachahmung empfohlen

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sport der CDU, Ferdi Tillmann MdB, erwarb das Goldene Sportabzeichen 1988. Seine Leistung entsprach in allen Disziplinen den Normen, die für weitaus jüngere Jahrgänge gefordert werden. Ferdi Tillmann ist 56 Jahre alt. Er bewies damit die sportmedizinische Erkenntnis, daß regelmäßiges Training länger jung erhält.

Alfred Dregger:

Zehn Punkte einer erfolgreichen Politik

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU erklärte in der Haushaltsdebatte: Seit dem Regierungswechsel im Oktober 1982, in nur sechs Jahren, haben wir allein an inneren Reformen mehr auf den Weg gebracht als die SPD in 13 Jahren. Ich nenne zehn Tatsachen:

1. Frieden und Freiheit

Im Verteidigungsbündnis der NATO ist die Bundesrepublik Deutschland ein verlässlicher und hochangesehener Partner. In Europa erstreben wir über den Binnenmarkt hinaus eine Wirtschafts-, Währungs- und Sicherheitsunion an. Unter der deutschen Präsidentschaft sind die Weichen zum Binnenmarkt gestellt worden. Alle unsere europäischen Partner haben die Führungskraft des deutschen Bundeskanzlers bei der Verwirklichung dieser Aufgabe ausdrücklich anerkannt. Die Reise von Bundeskanzler Kohl nach Moskau hat den deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität gegeben.

2. Gleichgewichtig abrüsten

Wir schaffen Frieden mit weniger Waffen. Wir haben den INF-Vertrag zwischen den USA und der UdSSR unterstützt, weil wir hoffen, daß er ein erster Schritt eines Abrüstungsprozesses ist, der auch uns, das geteilte Land an der Systemgrenze, entlastet. Uns geht es vor allem um die Abrüstung auch der Kurzstreckensysteme auf vereinbarte niedrige Obergrenzen und um die Beseitigung der militärischen Übermacht der Sowjetunion im Bereich der Panzerarmeen. Auch darüber haben wir in Moskau gesprochen.

3. Grenze durchlässiger

Über fünf Millionen Reisen aus der DDR konnten wir im vergangenen Jahr zählen. 1,2 Millionen davon waren Reisende unterhalb des Rentenalters. Wir haben die Grenze aus Stein und Stacheldraht durchlässiger gemacht. Dabei verzichten wir nicht darauf, das Unrecht der Teilung und die Verletzung der Menschenrechte in den anderen Teilen Deutschlands beim Namen zu nennen. Wir verzichten erst recht nicht darauf, für die Einheit Deutschlands einzutreten. Der Bundeskanzler hat das in nicht zu übertreffender Klarheit in Moskau getan.

4. Offene Herzen und Solidarität

Über 200.000 Deutsche aus Polen, Rumänien und der UdSSR werden 1988 zu uns in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Alle Bundesregierungen haben sich dafür seit langem eingesetzt. Wir nehmen die Deutschen, die zu uns kommen, herzlich auf und bieten ihnen bei uns eine beständige Heimat. Der Stellvertretende SPD-Vorsitzende Ministerpräsident Lafontaine wird in diesem Zusammenhang als abschreckendes Beispiel in die Geschichte eingehen. Seine Einschätzung der Deutschen, die jetzt zu uns kommen, war herzlos.

5. Herausforderung Europa

Europa hat wieder an Dynamik gewonnen. Brüssel im Februar, Hannover im Juni 1988: Unter der Präsidentschaft von Helmut Kohl ist der Durchbruch gelungen. Die Europäische Gemeinschaft wird 1992 zum größten Binnenmarkt der Erde

— mit 320 Millionen Einwohnern, mit neuen Wachstums- und Beschäftigungschancen, mit guten wirtschaftlichen und politischen Perspektiven.

6. Wirtschaft wächst stetig

Seit der Regierungsübernahme von Helmut Kohl haben wir wieder eine florierende Wirtschaft. Das reale Wachstum erreichte im ersten Halbjahr 1988 mit fast vier Prozent ein stolzes Ergebnis, seit 1982 summiert sich dieses Plus auf rund 12 Prozent. Und die Preise sind stabil. Allein in den beiden Jahren 1986 und 1987 stieg das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um real 8,5 Prozent. Im ersten Halbjahr dieses Jahres hielt der Anstieg mit real vier Prozent an. Seit 1983 sind weit über 850.000; fast 900.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden, davon ein großer Teil in Zukunftsindustrien. Die Kurzarbeit ist drastisch zurückgegangen; die Jugendarbeitslosigkeit erheblich gesunken; nahezu alle Jugendlichen finden wieder eine Lehrstelle.

7. Solidarität mit den Bauern

Die Bauern sind für uns nicht nur Agrarproduzenten, sondern auch Landschaftspfleger und mittelständischer Kern unserer ländlichen Gebiete. Flächenstilllegung, Produktionsaufgabereute, Extensivierung der Produktion, d. h. weniger Dünger, Quotenregelung bei der Milchproduktion, all das sind deutsche Ideen und Erfolge in der EG. Das Strukturgesetz, in dessen Mitte die flächenmäßige Verteilung von über 1,1 Milliarden DM und die Einführung von Förderobergrenzen für Agrarfabriken steht, sind weitere Schritte.

8. Familie hat Zukunft

Familien haben bei uns wieder Zukunft. Mit einer Reihe von Maßnahmen — wie

beispielsweise Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, steuerlichem Familienlastenausgleich, Baukindergeld — wird die wirtschaftliche Situation der Familien spürbar erleichtert. Nach dem jetzigen Stand betragen die familienpolitischen Entlastungen, für die sich vor allem CDU und CSU eingesetzt haben, im Zeitraum 1985 bis 1990 rund 16,6 Milliarden Mark jährlich. Leistungen für Kinder sind die wichtigste und die beste Zukunftsinvestition.

9. Für gesunde Umwelt

Während die SPD über Umweltschutz über ein Jahrzehnt nur redete, haben CDU und CSU im Interesse unserer natürlichen Lebensgrundlagen gehandelt: Einführung des Katalysator-Autos, strenge Gesetze für die Luftreinhaltung, für Boden- und Gewässerschutz, Reaktorsicherheit und Schutz der Ozonschicht; jährlich 2.000 Tonnen weniger Bleiemissionen, Verminderung des Schwefeldioxyd-Ausstoßes bis 1995 auf ein Drittel des Standes von 1982, 15.000 Tonnen weniger Phosphor in Wasch- und Reinigungsmitteln in den beiden letzten Jahren. Wir sind die Vorreiter des Umweltschutzes in Europa.

10. Deutschland Spitze

Wir sind zur Zeit die Exportnation Nr. 1 mit einer breiten Angebotspalette. Unsere außenwirtschaftliche Leistungsbilanz ist positiv. Für Forschung und Entwicklung werden 1988 rund 60 Milliarden Mark von Staat und Wirtschaft ausgegeben — ein Rekordergebnis für unsere Zukunftssicherung. Die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmendaten für die Bundesrepublik Deutschland haben wir gesetzt; insbesondere durch die große Steuerreform, die wir in drei Stufen 1986, 1988 und 1990 verwirklichen.

Deutschlandtag der Jungen Union:

Der Kanzler stand seinen Mann

„Europas Zukunft: Grenzenlos“ hieß das Motto des diesjährigen Deutschlandtages der Jungen Union vom 25. bis 27. November 1988 in Baden-Baden. Die über 300 Delegierten verabschiedeten am Sonntagmorgen nach eingehender Diskussion einen Leittrag für ein Europa ohne Grenzen. Darin werden u. a. ein Bonner Europa-Ministerium, eine europäische Verfassung, eine europäische Verteidigungsgemeinschaft und ein europäisches Jugendwerk verlangt.

Die Junge Union unterstützt eine Vollmitgliedschaft Österreichs in der Gemeinschaft und spricht sich dafür aus, mit Vollendung des Binnenmarktes in der EG alle Optionen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern, zunächst vor allem Ungarns und Jugoslawiens, offenzuhalten.

Am Samstagnachmittag diskutierte der Junge-Union-Kongreß europäische Fragen. Dabei standen der Binnenmarkt und das deutsch-französische Verhältnis im Vordergrund. Aus Frankreich nahm an der Debatte auch der Publizist Alfred Grosser teil.

Im Mittelpunkt der Tagung stand — wie schon in den Jahren zuvor — die Diskussion mit dem Parteivorsitzenden. Vier Stunden lang stellte sich der Kanzler mit Bravour der Kritik aus den Reihen der Delegierten. Den Startschuß hatte der amtierende JU-Vorsitzende Christoph Böhr gegeben, als er in einer bemerkenswert politischen und kämpferischen Rede erklärte... „die CDU brauche eine kontinuierliche Erneuerung auf allen Ebenen, wenn sie nicht ausgezehrt werden soll“. Die Kritiker bemängelten in erster Linie

eine Überalterung der Partei. So meinte der NRW-Vorsitzende Roland Profalla, in der Partei regierten die Fünfzigjährigen. Der Nachwuchs habe kaum eine Chance, politische Verantwortung zu übernehmen. Auch die übrigen Diskussteilnehmer forderten eine Verjüngung in Partei, Fraktion und Regierung

Der Parteivorsitzende wies die Kritik, die Partei befände sich in einer Krise strikt zurück. Ein ausgesprochen kämpferischer Helmut Kohl antwortete: „Wir sind doch hier nicht an der Klagemauer.“ Wenn

mehr junge Leute in die Verantwortung sollten... „dann finden Sie mich an Ihrer Seite, aber das müssen wir gemeinsam tun“. Der Kanzler gestand zu, daß die Partei hier und dort Defizite aufweise.

Das habe er schon auf dem Wiesbadener Parteitag dargelegt und deshalb eine Organisations-Strukturkommission eingesetzt, die bereits ihre Arbeit aufgenommen habe. Er, Kohl, trete dafür ein, mehr Frauen und junge Leute auf die Kandidatenlisten zu setzen. Auch in den Betrieben habe die CDU ein Defizit. Aber für Mandate, so belehrte er die jungen Leute, müsse man kämpfen. Sie dürften nicht erwarten, daß ihnen ohne eigene Anstrengung und Überwindung von Widerständen politische Macht zufalle. Im Hinblick auf seine eigene Laufbahn in allen Parteifunktionen meinte der Kanzler: „Sie müssen sich schon durchboxen. Oder glauben Sie, daß Peter Altmeier (Helmut Kohls Vorgänger im Amt des Mainzer Regierungschefs) schon morgens vor dem Frühstück darüber nachgedacht hat, was kann er Helmut Kohl Gutes tun.“

Scharf verwahrte sich der Kanzler gegen

Was erwarten die Bürger von Europa?

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, hat aus aktuellem Anlaß folgenden (gekürzten) Brief an den Vorsitzenden der ARD, Prof. Dr. Hans Rausch, Intendant des Süddeutschen Rundfunks, gesandt.

Sehr geehrter Herr Intendant! Einer jüngsten Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach von Frau Prof. Dr. Noelle-Neumann zum Thema „Was erwartet der Bürger von Europa?“ ist zu entnehmen, daß die Bundesbürger die unbestrittenen Erfolge der EG-Gipfel von Brüssel und Hannover nicht zur Kenntnis haben nehmen können.

Ich habe von dieser interessanten und alarmierenden Umfrage durch einen Vortrag von Frau Prof. Dr. Noelle-Neumann auf einer gemeinsamen Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der EVP-Fraktion

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Vorwürfe, die Pfeiffer/Barschel-Affäre sei „systemimmanent“, weil die Regierungszentralen mehrheitlich die Macht über die Partei ausübten. Helmut Kohl antwortete, dies sei „rundherum falsch“ und völliger Unsinn“. Die Kieler Affäre sei das völlige Versagen eines Menschen gewesen. Und wer die Verfehlungen Barschels mit Niedersachsen in Verbindung bringe, der falle auf die Propaganda der Linken herein. Als einige Delegierte zum Schluß unaufmerksam wurden, rief ihnen der Parteivorsitzende zu: „Ich habe Ihnen vier Stunden lang aufmerksam zugehört — jetzt müssen Sie mich auch noch ertragen.“ Zum Schluß forderte er die Junge Union auf, „mich so zu nehmen, wie ich bin“. Er sei kein PR-Produkt. Da gab es langanhaltenden Beifall und stehende Ovationen.

im Europäischen Parlament in Berlin kürzlich mit großer Bestürzung erfahren. Auf die Frage: „Hat das Gipfeltreffen (in Hannover) die EG vorangebracht, oder würden Sie das nicht sagen?“, antworteten 21% der Befragten, das Treffen habe die EG vorangebracht, 20% waren der Meinung, daß das Treffen die EG nicht vorangebracht hätte. 37% der Befragten teilten mit, sie hätten nichts davon gehört, daß es ein Gipfeltreffen (in Hannover) gegeben habe.

Diese Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen. Das Ergebnis ist immer das gleiche. 88% der Befragten halten sich im Bereich „Europäische Gemeinschaften“ für „schlecht informiert“. Frau Prof. Dr. Noelle-Neumann spricht daher auch in ihrer Auswertung, daß es eine Reihe von Gründen gibt, warum man es in Bezug auf das Thema „Europäische Gemeinschaften“ in der Bundesrepublik mit einer — wie sie es nennt — „blockierten Kommunikation“ zu tun hat.

Gerade im Hinblick auf die im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament halte ich die Ergebnisse der Umfrage von Frau Prof. Dr. Noelle-Neumann für ausgesprochen schockierend. Bei diesem schlechten Informationsstand in unserer Bevölkerung fürchte ich, lassen sich die Vorteile der EG für die deutsche Wirtschaft und die Bundesbürger nicht vermitteln, ganz zu schweigen von den Vorteilen, die uns der europäische Binnenmarkt bringen wird.

Aufgrund dieses schlechten Informationsstandes gibt es in der Bevölkerung auch eine latente Stimmung, daß die Deutschen in der EG ausgebeutet werden. Die für uns schicksalhafte Bedeutung der EG und des gemeinsamen Binnenmarktes ist der Mehrheit der deutschen Bevölkerung offenbar überhaupt nicht bewußt.

Trotz SPD-Hetze:

Gesundheitsreform verabschiedet

Das beste Gesundheitssystem der Welt ist wieder sicher dank Norbert Blüm und der Standfestigkeit der Regierung Helmut Kohl:

- Die Kosten des Gesundheitssystems sind wieder finanzierbar.
- Jeder Kranke kann sich darauf verlassen, daß er die nötigen Gesundheitsleistungen erhält.
- Die Beiträge bleiben stabil, d.h. keine Bremse für Wachstum und Beschäftigung, stabile Beiträge bei steigendem Einkommen und stabilen Preisen, d.h. mehr Geld in den Taschen der Bürger.

Ganz neu!

- Mehr Geld für Vorsorgeleistungen, erstmals allgemeine Gesundheitsuntersuchungen.
- Erstmals erhalten Pflegende Unterstützung:

ab 1. 1. 1989 können sie endlich einmal, während der Schwerpflegebedürftige versorgt wird, in Urlaub gehen,

ab 1991 cirka 6 Milliarden Mark jährlich mehr für Pflege.

- Wer ein niedriges Einkommen hat, zahlt praktisch keine Selbstbeteiligung.

So ist die SPD!

13 Jahre lang hat sie fast nichts getan.

Ohne die Gesundheitsreform wären die Kosten innerhalb der nächsten 10 Jahre auf über 200 Milliarden Mark gestiegen. Die Belastung für die meisten Beitragszahler würde sich fast verdoppeln. Ein Chemiefacharbeiter müßte statt bisher etwa 530 Mark fast 1100 Mark zahlen. Hätte die SPD gehandelt, hätten wir diese Probleme nicht. Heute hetzt die SPD gegen die Reform und macht alten und kranken Menschen Angst.

Alle haben ihren Beitrag zur Sicherung des Gesundheitswesens geleistet: Beitragszahler, Ärzte, Pharmaindustrie und Apotheker. Der Beitrag der SPD: Spiel mit der Urangst vor Krankheit.

**Die CDU hat die Gesundheitsreform durchgesetzt:
Eine wichtige Reform für eine gute Zukunft.**

CDU



*Die
Zukunft*

Stück 10 Pfennig

6 CDU extra



CDU extra Senioren Union

Das Alter hat Zukunft



Wim Thoele: Mode kennt kein Alter. Text: Werner Müller. Foto: ...



Mehr Sicherheit in öffentlichen Verke

Von Charlotte Fern. ...

NACHRICHTEN

Ins Ausland zum Baden. ...

Seniorenpost ist „Ja“ ...

Charlotte Fern: Macht die ...

Mit 70 1 zur Uni ...

Zweirädrige Verbraucher ...

Neue Investition Alter ...



Alte Menschen wollen keine ...

Auszeichnung für „Alt hilft“



Die Besondere: „Alt hilft“ ...



Die Erfahrung des Alters bietet sich den jungen Menschen ...

Neues CDU extra

„Das Alter hat Zukunft“

Ab sofort steht mit der neuen Ausgabe von CDU extra Senioren allen Verbänden wieder ein aktuelles Massenverteilmittel zur Verfügung. Auf acht farbigen Seiten wird, vor allem für die große Zielgruppe der Senioren, über Sicherung der Renten, Gesundheitsreform und Quellensteuer informiert. Außerdem finden Sie Beiträge zur Zusatzrente für Mütter, Weiterbildungsmöglichkeiten im Alter bis hin zum Thema Mode für Senioren. Mit einem Coupon können Informationen über die Arbeit der Senioren Union bestellt werden. Es gibt Tips für Kurzreisen, denn die stabile Mark fördert die Reiselust der Deutschen. Mit diesem aktuellen Verteilmittel sind Sie bestens gerüstet, um das ständig wachsende Interesse für die Arbeit von Senioren und mit Senioren zu befriedigen. CDU extra „Das Alter hat Zukunft“, 8 Seiten, vierfarbig, zum gewohnt günstigen Preis von 10 Pfennig. Mindestabnahme: 250 Exemplare Preis pro Mindestabnahme: 25, — DM zuzügl. MwSt., Bestell-Nr.: 2109 Bestellung an: IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

GESTERN 1957 haben wir durch die Einführung der dynamischen Rente ein soziales Jahrhundertwerk geschaffen: Jahr für Jahr werden die Renten an die Wohlstandsentwicklung angepaßt.

1982 haben wir die Renten wieder sicher gemacht. Durch die unsolide Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der SPD drohte der Rentenversicherung die Zahlungsunfähigkeit.

HEUTE kann sich jeder Rentner wieder darauf verlassen: Die Renten werden Monat für Monat regelmäßig bezahlt und steigen jedes Jahr.

MORGEN wären die Renten nicht mehr finanzierbar, weil die Deutschen immer weniger Kinder haben und deshalb in Zukunft immer mehr Rentner auf immer weniger Beitragszahler kommen. Aber wir handeln!



WIR GARANTIEREN SICHERE RENTEN

Durch eine Rentenreform noch in dieser Legislaturperiode sichern wir die Renten für die kommenden Generationen: Die CDU hält bei der Rentenreform an den bewährten Grundsätzen der Rentenversicherung fest. Auch in Zukunft

- bleibt der Generationenvertrag bestehen,
- bleibt die Rente lohn- und beitragsbezogen,
- steigen die Renteneinkommen entsprechend den verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer.

Neu wollen wir die Situation von Frauen und Familien verbessern:

- durch die Einführung von zwei weiteren rentenbegründenden und rentenerhöhenden Kindererziehungsjahren für Frauen, die Erziehungsgeld erhalten,
- durch die Anerkennung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung.

Die Rentenreform ist eine gemeinsame solidarische Aufgabe der heutigen Generation für eine gute Zukunft und einen gesicherten Lebensabend kommender Generationen.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

38/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.
Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 48,- DM, Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.